

**Die Senatorin für Soziales, Jugend,  
Integration und Sport**



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport,  
Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen

Auskunft erteilt  
Andrea Klähn

Raum: T5.06

Tel. +49 421 361 8382

An die  
Bremische Bürgerschaft  
-Petitionsausschuss-  
Haus der Bürgerschaft  
28069 Bremen

Bremische Bürgerschaft		
05. NOV. 2020		
BJM		B

E-Mail  
Andrea.Klaehn@SOZIALES.BREMEN.DE

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens  
05.10.2020, S 20/135  
Mein Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
400-33-11, 4/2020

Bremen, 29. Oktober 2020

**Petition – S 20/135 – Herr Jörg Mitzlaff**

Sehr geehrter Herr Rohmeyer,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o. g. Petition nehme ich wie folgt Stellung:

Der Petent begehrt für geflüchtete Menschen, die in Bremen leben, ein dezentrales, menschenwürdiges Wohnen. Er fordert die Auflösung der Landeserstaufnahmestelle in der Lindenstraße und die Beendigung von Zwangsunterbringungen. Hierzu regt er an, den Leerstand von Wohnungen und Hotels zu nutzen.

Die Wohn- und Lebensverhältnisse geflüchteter Menschen in der Landeserstaufnahmestelle in der Lindenstraße sind mir durchaus bekannt und mir ist bewusst, dass die Unterbringung in einer Gemeinschaftseinrichtung in gewisser Weise belastend und alles andere als ideal ist. Die gesetzlichen Vorgaben des Asyl- und des Aufenthaltsgesetzes sind hier aber eindeutig, so dass im Grundsatz wenig Spielraum besteht. Der Petent kann versichert sein, dass in Bremen der bestehende gesetzliche Spielraum genutzt wird. So wurde beispielsweise entschieden, in Bremen kein sog. „Ankerzentrum“ einzurichten. Die Landeserstaufnahmestelle in der Lindenstraße wird insofern nicht aufgelöst.

Es ist Ziel, die Unterbringung von geflüchteten Menschen weiterhin so zu organisieren, dass ein möglichst selbstbestimmtes, integrationsförderndes und ein in jeder Hinsicht sicheres Leben gewährleistet ist. Hierzu gehört u. a., die Lebensbedingungen in der Lindenstraße permanent weiter positiv zu gestalten. Durch mein Ressort wird eine Reihe von Maßnahmen unterstützt, die über die gesetzlichen Anforderungen deutlich hinausgehen. Dazu gehört beispielsweise, die Finanzierung der gesundheitlichen Grundversorgung in der Einrichtung, die zeitnahe vor Ort Betreuung und Beschulung der Kinder nach der Ankunft, der umfangreiche Ausbau des Spielplatzes der Einrichtung. Darüber hinaus konnte die Gesamtbelegungszahl

der Erstaufnahme in der Lindenstraße reduziert werden, so dass die Abstands- und Hygieneregeln eingehalten werden können.

Die Stadtgemeinde Bremen versucht gute Bedingungen für geflüchtete Menschen zu schaffen, dies bezieht die Unterbringung ein. So können Familien nach dem Aufenthalt in der Landeserstaufnahmestelle in Übergangwohnheimen untergebracht werden, bis eigener Wohnraum sowie Betreuungspersonal zur Verfügung steht. Hierbei unterstützt das Projekt „Mehr Wohnungen für Flüchtlinge“, welches auch die nachgehende Betreuung im eigenen Wohnraum anbietet und übernimmt.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass eine zu enge Belegung der Übergangwohnheime zu vermeiden ist, denn auch dort müssen die Abstandsregeln gewahrt werden. Viele Übergangwohnheime verfügen über eine Appartementstruktur, die es deutlich einfacher macht, Infektionsketten zu verhindern.

Um möglichst weitere Unterkünfte für geflüchtete Menschen anbieten und eröffnen zu können, und damit die Unterbringungssituation in der Pandemiezeit weiter zu entzerren, werden durch mein Ressort verschiedene Maßnahmen zur Realisierung weiterer Unterbringungskapazitäten angestoßen. Die Anmietung eines Hotels kann eine temporäre Zwischenlösung darstellen. Die größten Bremer Hotels wurden diesbezüglich um Abgabe von Angeboten gebeten. Grundsätzlich ist aber zu erwähnen, dass eine Anmietung von Hotels an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist. So muss u. a. eine Essensversorgung möglich sowie Büroräume für das betreuende Trägerpersonal vorhanden sein.

In Bremen wurde eine sehr gute Grundlage für die Verwirklichung der eingangs genannten Ziele geschaffen, welche an die Anforderungen der Pandemie angepasst wurde. Es erforderte eine große Kraftanstrengung aller Beteiligten, dies innerhalb kürzester Zeit umzusetzen. An der Entwicklung und Umsetzung der Ziele wird dennoch kontinuierlich weitergearbeitet.

Mit freundlichem Gruß

In Vertretung



Jan Fries  
Staatsrat